



Rostock, den 28. Juli 2021

PRESSEMITTEILUNG

CDU/UFR- Entwicklungsplanungen am Osthafen dürfen nicht zulasten der Gewerbetreibenden gehen

Mit Sorge betrachtet die CDU/UFR-Fraktion in der Rostocker Bürgerschaft die Überlegungen der Stadtverwaltung, den Bereich des Osthafens und des Petridamms grundsätzlich umgestalten zu wollen. Demnach sollen Grundstücke neu geordnet und andere Nutzungen gefunden werden. Dabei sollen aber auch Enteignungen ein denkbare Instrument sein. Hierzu erklärt der Fraktionsvorsitzende **Daniel Peters**:

„Flächenpotentiale zu analysieren und klugen Nutzungen zuzuführen, ist ein wichtiges Anliegen der Stadtplanung. Im Falle des Osthafens verkennen einige Verantwortliche aber die erfolgreiche Entwicklung renommierter Unternehmen an diesem Standort. Zusammen dürften die Unternehmen über tausend Arbeitsplätze sichern und damit einen wichtigen Beitrag für Rostock leisten“, so Daniel Peters, zugleich Landtagsabgeordneter der CDU-Fraktion im Schweriner Landtag.

Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/UFR-Fraktion, **Dr. Helmut Schmidt**, ergänzt: „Das Gesamtareal verdient eine intensive Betrachtung und mit Sicherheit lassen sich Potentiale bergen, die für Rostocks Entwicklung positiv sein dürften. Die etablierten Unternehmen, insbesondere am Osthafen dürfen aber keineswegs Schaden nehmen und müssen sich auch unabhängig von städtebaulichen Maßnahmen entwickeln dürfen. Veränderungssperren, Enteignungen oder Umsiedlungen lehnen wir strikt ab. Notwendige Investitionen, die der Entwicklung und Sicherung von Arbeitsplätzen dienen, dürfen durch derartige Planungen nicht behindert werden. Der derzeit bestehende B-Plan, der den dort vorhandenen Firmen Planungssicherheit bietet, darf nicht in Frage gestellt werden. Aktionismus der Verwaltung insbesondere des Stadtplanungsamtes, sind da wenig hilfreich.“